

Ohne Kontrolle

Wie die europäischen Konzerne von den neuen Kriegen profitieren wollen

von Martin Hantke

„Die Fragen der Konsolidierung in der Rüstungsindustrie betreffen ja nicht nur Unternehmen. Sie braucht Unterstützung auch aus dem Militär und der Politik. Wir können die richtigen Leute zusammenbringen.“ (Nick Witney, Leiter der Europäischen Rüstungsagentur)

Die europäischen Rüstungskonzerne wollen in Zukunft stärker von den neuen Kriegen profitieren. Die EU bereitet ihnen politisch den Weg dazu und finanziert diesen Wirtschaftssektor hinter dem Rücken der Öffentlichkeit.

Der europäische Rüstungsmarkt gerät in Bewegung. „Europäische Konzerne sehen gute Chancen auf dem US-Markt“, titelte das Handelsblatt am 19. September 2006. Geradezu enthusiastisch wird betont, dass sich die US-Regierung dieser expansiven Strategie nicht mehr in den Weg stelle. Nun sei nicht mehr „nur von europäischer Kooperation, sondern genauso selbstverständlich von transatlantischer Rüstungskooperation die Rede.“² Dies eröffne ungeahnte Perspektiven für europäische „Konzerne wie BAE Systems, Thales oder EADS die ‚Festung‘ USA erobern zu können. Bisher hatten europäische Rüstungsgüter dort praktisch keine Chance.“³ Außer Rand und Band gerät man, wenn man sich vor Augen führt, wie viel Geld hier zu machen ist: „Eine wirkliche Sensation würde es bedeuten, wenn EADS beim Milliardenauftrag zur Erneuerung der US-Tanker-Luftflotte zum Zuge kommen sollte. Auch ohne diesen Auftrag wächst das Unternehmen jedoch schon auf dem US-Markt, genau wie die Thales-Gruppe zum Beispiel, die ihren Umsatz in den USA seit 2002 jährlich um fast 25% steigern konnte.“⁴

Thales ist mit 8,5 Mrd. Dollar Umsatz 2005 die Nummer 9 der Rüstungskonzerne weltweit, der deutsch-französisch dominierte EADS-Konzern und die britische BAE Systems nehmen mit jeweils 9,1 Mrd. und 20,9 Mrd. Umsatz Platz 7 und 4 in der Rangliste der weltgrößten Waffenschmieden ein. Der britische Rüstungsproduzent will „seinen Umsatzanteil in Nordamerika mit eigener Kraft auf bis zu 80 Prozent binnen drei Jahren vergrößern“⁵. Bei EADS setzt man als Ausweg aus der Airbus-Krise verstärkt auf Rüstungsproduktion. Co-Vorstandschef Tom Enders gibt die Auf-

rüstungswegmarken vor: „Durch neues Geschäft in Großbritannien und Nordamerika soll sich bei der EADS der Umsatz der Militärsparte von heute 7,7 Mrd. Euro auf mindestens 10 Mrd. bis Ende 2007 vergrößern.“⁶

Die drei größten europäischen Rüstungskonzerne wollen sich vom Kuchen des aufgeblähten US-Rüstungsmarktes einen Gutteil abschneiden, der Kampf um die Rüstungsbudgets in den EU-Mitgliedstaaten reicht ihnen nicht mehr. Insofern hat ein Kurswechsel in Richtung Pentagon eingesetzt. Denn allein „mit einem Jahresbudget von 439 Milliarden Dollar (342 Milliarden Euro) ist Nordamerika der mit Abstand größte Rüstungsmarkt der Welt.“⁷, notiert die FAZ. Davon fallen allein 120 Mrd. Dollar als „Sonderlasten“ für die Kriege in Irak und Afghanistan an. Dagegen nimmt sich selbst der 193 Mrd. Euro schwere Rüstungshaushalt aller 25 EU-Mitgliedstaaten⁸ mit Ausnahme Dänemarks, das nicht an der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik teilnimmt, geradezu bescheiden aus.

Schaut man sich die Entwicklung des Militärisch-Industriellen-Komplexes seit der Einführung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik an, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, als würde die 1961 in seiner Abschiedsrede ausgestoßene Warnung von US-Präsident Dwight D. Eisenhower vor einer „neuartigen Verbindung eines immensen Militärestablishments und einer riesigen Rüstungsindustrie“ jetzt innerhalb der EU prototypisch umgesetzt. Symptome einer komplexhaften Verbindung von Kapital, Militär und Teilen des Staatsapparates, zudem auffällige Konzentrationerscheinungen in rüstungsrelevanten Wirtschaftszweigen und nicht zuletzt ein intensiver Personalaustausch zwischen den entsprechenden Eliten sowie ein forschungs- und technologiepolitisches Schwergewicht auf der Entwicklung neuartiger Waffensysteme sind die Charakteristika, die seit 1999/2000 mit neuer Qualität und europäischer transnationaler Dimension zum Vorschein kommen. Auf dem Kölner EU-Gipfel vom 3./4. Juni 1999 wurde unter der deutschen Ratspräsidentschaft die ESVP aus der Taufe

gehoben. Zuvor hatten 1998 Großbritannien und Frankreich mit ihrer Erklärung von St. Malo den Weg dazu frei gemacht. Dies war das Startzeichen für einen bis heute andauernden Prozess der Transnationalisierung und Monopolisierung in der europäischen Rüstungsindustrie. Im Jahr 2000 fusionierten die Firmen Aerospaciale Matra (Frankreich), die CASA (Spanien) und die DASA (Deutschland) zur European Aeronautic Defence and Space Company (EADS). Dabei werden 30% der Aktien an den Börsen ausgegeben, je 30% halten die Lagardère-Gruppe zusammen mit dem französischen Staat und Daimler Chrysler. Die spanische SEPI hält 5,5%. Der Rest der Anteil liegt bei Kleinaktionären (Streubesitz). In Frankreich war der Rüstungskonzern Thompson CSF 1998 als neues Unternehmen aus den Rüstungsparten von Alcatel, Dassault Electronique und Thompson CSF entstanden. Nach der Übernahme der englischen Radical Electronics im Jahr 2000 benannte man sich Ende 2000 in Thales um. Der britische Konzern BAE Systems entstand 1999 durch die Fusion von British Aerospace und Marconi Electronic Systems und stieg zum siebtgrößten Lieferanten des Pentagon auf.

EU-Politik bahnt den Weg

Insbesondere Deutsche und Franzosen hatten sich für eine Stärkung der europäischen Rüstungsindustrie eingesetzt. Am prägnantesten ist der Einsatz von Dominique de Villepin und Joschka Fischer in ihrem Papier „Gemeinsame deutsch-französische Vorschläge für den Europäischen Konvent zum Bereich Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“⁹ vom 22.11.2002 dokumentiert. Für den EU-Verfassungsvertrag schlugen Fischer und de Villepin vor, „dem Vertrag im Anhang ein Protokoll beizufügen, in dem sich die Staaten, die dies wünschen, verpflichten, die erforderlichen Anstrengungen zur Verbesserung der militärischen Fähigkeiten zu unternehmen und neue Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln, insbesondere durch Harmonisierung der militärischen Bedarfsplanung, Bündelung von Fähigkeiten und Ressourcen sowie Aufgabenteilung.“ Zudem solle eine „europäische Rüstungspolitik“ entwickelt werden. Dazu konzipierten die beiden Außenminister „die schrittweise Schaffung eines europäischen Rüstungsmarkts“ und „die Gründung einer Europäischen Rüstungsagentur“.

Ende dieses Jahres können die EU-Institutionen Vollzug melden. Auch wenn der EU-Verfassungsvertrag mit der Aufrüstungsverpflichtung der EU-Mitgliedstaaten vorerst gescheitert ist, wurde am

12.07.2004 die Europäische Rüstungsagentur gegründet, aus sprachkosmetischen Gründen umbenannt in Europäische Verteidigungsagentur, und am 01.07.2006 einigten sich 22 der 24 im Vorstand der Rüstungsagentur vertretenen EU-Mitgliedstaaten, mit Ausnahme von Ungarn und Spanien, auf die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Rüstungsmarkts. Den großen europäischen Rüstungsunternehmen wäre die verfassungsvertragliche Absicherung dieser rüstungspolitischen Unternehmungen lieber. Deshalb warben sie auch vor den Referenden in Frankreich und den Niederlanden 2005 massiv für die Annahme des EU-Verfassungsvertrags.

Die deutsche Industrie wünscht sich eine noch stärkere deutsche Gestaltung dieses Prozesses und eine weitere Verzahnung von Rüstungs- und Militärpolitik. In ihrem „Positionspapier der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zur Europäischen Verteidigungsagentur heißt es: „Auf dem Weg in die Europäisierung braucht die wehrtechnische Industrie eindeutige Orientierung, eine verlässliche politische Basis, d.h. auch ein klares Bekenntnis der deutschen Politik zu ihrer sicherheitspolitischen Rolle in künftigen europäischen Strukturen. Politik und Industrie müssen gemeinsam die strategische Positionierung der deutschen Wehrtechnik im künftigen Europa festlegen.“¹⁰ Oder kurz: Die Militarisierung der EU soll unumkehrbar gemacht werden, und die deutsche Rüstungsindustrie muss ihre Europäisierungsgewinne voll ausschöpfen.

Diese Position trifft bei der Bundesregierung auf vollstes Verständnis, sodass man in der ab Januar beginnenden deutschen EU-Ratspräsidentschaft von einer sehr engen strategischen Abstimmung von Militär, Politik und Wirtschaft ausgehen darf. Im ersten Halbjahr 2007 strebt die Bundesregierung „weitere Schritte der militärischen Zusammenarbeit in der langfristigen Perspektive einer gemeinsamen europäischen Verteidigung an.“¹¹ Dabei wird betont, dass „Europas Wohlstand und politisches Gewicht in der Welt ... entscheidend auf den Erfolgen europäischer Unternehmen auf den Weltmärkten“ fußen. Die europäische Rüstungsindustrie ist dabei offensichtlich immer mitgedacht. Deshalb wird auch herausgestellt: „Die Fähigkeit der EU, zivile und militärische Instrumente zur Krisenvorbeugung und –bewältigung einzusetzen, soll u.a. im Rahmen der Planzielprozesse (Streitkräfteplanziel 2010, Ziviles Planziel 2008) gestärkt werden.“ Dabei soll besonderes Augenmerk „den schnell verlegbaren, europäischen Gefechtsverbänden (insgesamt sind 19 so genannte EU-Battle-

Groups geplant, MH), die vom 1. Januar 2007 an für Einsätze in Krisengebieten zur Verfügung stehen:“ gelten. Zudem soll ab 2007 der Kern eines EU-Generalstabs, die so genannte zivil-militärische Zelle einsatzbereit sein. Dabei will man sowohl die „autonome Handlungsfähigkeit der ESVP“ verbessern, als auch „die strategische Partnerschaft zwischen EU und NATO durch die Intensivierung des politischen Dialogs und der Zusammenarbeit in den Bereichen Einsatz und Fähigkeiten“¹² ausbauen.

Mehr Geld für Rüstung

Für diese Art der Rüstungs- und Militärzusammenarbeit braucht es selbstverständlich Geld. Ein Weg ist es, die Militärhaushalte der EU-Mitgliedstaaten zu erhöhen, bis auf die von der NATO geforderten 2% des Bruttosozialprodukts für neue Mitglieder. Für Deutschland würde dies eine Erhöhung des Militärhaushalts von 23,9 Mrd. Euro auf 44 Mrd. bedeuten.¹³ Einstweilen muss man sich allerdings mit einer Erhöhung von nur 500 Mio. Euro in diesem Jahr zufriedengeben. Jedoch ist man nun darauf verfallen, den EU-Haushalt als Steinbruch für die Anlegung klandestiner Militärhaushalte zu benutzen. Die finanzielle Vorausschau für den EU-Haushalt von 2007 – 2013 weist einen Auswuchs der Mittel für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik von 29% auf insgesamt nahezu 50 Mrd. Euro auf¹⁴, darunter etliche Maßnahmen mit militärischen Bezügen, wie Galileo, GMES, Agenturen der ESVP, ESVP-Operationen.¹⁵ Aber auch in bisher zivil ausgerichteten Haushaltstiteln wie dem EU-Forschungshaushalt sind bis 2013 neu insgesamt etwa 1,6 Mrd. Euro zusätzlich zu den Mitteln der Mitgliedstaaten für EU-Sicherheits- und Rüstungsforschung, wie auch für die militariserte Weltraumforschung bereitgestellt. Dies darf auch als Erfolg einer Pressure Group des MİK gewertet werden, der so genannten „Group of Personalities“. Diese Gruppe von „27 europäischen Topmanagern und Spitzenpolitikern“¹⁶ legte dem



Dwight D. Eisenhower

damaligen EU-Kommissionspräsident Romano Prodi am 15. März 2004 einen Bericht mit der Forderung vor, in Zukunft seitens der EU mindestens eine Milliarde Euro im Bereich der Sicherheits- und Rüstungsforschung auszugeben. Zu dieser Gruppe gehörten neben EU-Kommissaren und Mitgliedern des Europäischen Parlaments wie Karl von Wogau (CDU), der heutige Vorsitzende des Unterausschusses Sicherheit und Verteidigung, die Vorstandsvorsitzenden und Vertreter von Rüstungsunternehmen wie EADS, Finmeccanica, Diehl, Thales, BAE Systems sowie. Die Vorschläge der „Group of Personalities“ setzen sich in der Folge in EU-Rat, EU-Kommission und EU-Parlament durch, auch wenn das Budget etwas abgespeckt werden musste. Es mag auch deshalb keine Überraschung sein, dass die Pilotprojekte im Sicherheits- und Rüstungsforschungsbereich, die von der EU-Kommission in Auftrag gegeben wurden, nahezu sämtlich an alte Bekannte, wie BAE Systems, EADS und Thales gingen.¹⁷ Ob dabei auch Männer wie der ehemalige Vorsitzende des NATO-Militärausschusses Klaus Naumann, laut eines Berichts des Sterns mittlerweile Berater bei Thales, mithelfen sollen, neue Projekte an Land zu ziehen, ist nicht bekannt. Wichtiger ist vielleicht denn auch zur Erzeugung verstärkter Nachfrage nach Rüstungsgütern die enge Abstimmung zwischen den Spitzen von Militär, Politik und Wirtschaft. Der europäische militärisch-industriellen Komplex hat dafür eine neue Bühne gefunden, bei der auch hinter den Kulissen und in den Theatergräben weiter kooperiert werden kann.

Einheit: Militär, Industrie, Politik

Seit 2004 hat sich neben der NATO-Sicherheitskonferenz in München folgende Veranstaltung des europäischen militärisch-industriellen Komplexes etabliert: die „Handelsblatt Konferenz Sicherheitspolitik und Verteidigungsindustrie“¹⁸

2006 fand die dritte Veranstaltung dieser Reihe statt, Veranstaltungsort war Berlin. Im edlen Ambiente des Hotels Adlon, unter den Linden, gegenüber vom Bundestag, traf sich nahezu alles, was im europäischen Rüstungs- und Militärbereich Rang und Namen hat. Aus der Industrie waren vertreten Aegis Defence Services, ASG Luftfahrttechnik und Sensorik GmbH, DB Systems GmbH und DB Telematik GmbH, Deutsche Bank AG, EADS, Eurocopter Deutschland GmbH, Freshfields Bruckhaus Deringer, g.e.e.b. Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb mbH, Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co. KG, Lockheed Martin

Global, PricewaterhouseCoopers LLP, RENK Aktiengesellschaft und Thales. Stolz vermerkte der Veranstalter zudem, wer „aus den verantwortlichen Staatsorganen, Institutionen und Verbänden“ vertreten war: Neben der deutschen Botschaft in Peking die Bundesämter für Wehrtechnik und Beschaffung sowie für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, Bundeskanzleramt, Bundesinnen- und Bundesverteidigungsministerium, der Bundesverband der deutschen Industrie, EU-Kommission, EU-Rüstungsagentur, NATO, das US-Außenministerium, das International Institute for Strategic Studies IISS, die spanische Nationalpolizei und das türkische Verteidigungsministerium. Wie bereits in den vergangenen Jahren führten neben Handelsblatt-Chefredakteur Bernd Ziesmer auch diesmal ZEIT-Herausgeber Dr. Theo Sommer durch die Konferenz. Sommer betonte denn auch explizit „die Brücke zwischen sicherheitspolitischen, militärstrategischen und industriellen Entwicklungen und Erwartungen“, die die Konferenz schlage. BDI-Präsident Jürgen Thumann hob hervor, dass der Staat bei der Bewältigung seiner Sicherheitsaufgaben „auf eine leistungsfähige heimische wehrtechnische Industrie angewiesen“ sei: „Die deutsche Sicherheits- und Rüstungsindustrie fühlt sich der Sicherheitsvorsorge verpflichtet und unterstützt die Bundesregierung, EU und NATO.“ Um den Dialog zwischen Industrie und Politik zu erleichtern, gab es anstelle des Teilnahmebeitrags von 1799 Euro plus MwSt pro Person mit 399 Euro auch direkt einen „Sonderpreis für Vertreter des Militärs, der Ministerien, der Politik und des diplomatischen Dienstes“. Neben dem Konferenz-Hauptsponsor, Pricewaterhouse, Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft, laut Selbstdarstellung mit Zugriff „auf die Ressourcen von insgesamt 130.000 Mitarbeitern in 148 Ländern“ nutzten insbesondere Rüstungs- und Logistikunternehmen die Konferenz als exzellente Gelegenheit, sich ihrer Zielgruppe zu präsentieren, u.a.: EADS, Lockheed Martin, g.e.e.b, ISN – International Relations and Security Network, Krauss-Maffei Wegmann, LISTA, msg systems ag, sowie Thales. Neben Rüstungsindustriellen, Militärs, Abgeordneten, Bankenrepräsentanten, privaten Sicherheitsfirmen, Vertretern von so genannten Beratungsfirmen konnte auch noch der deutsche Verteidigungsminister Franz-Josef Jung als „Keynote Speaker“ gewonnen werden. Mit der Rede zu Afghanistan von Jamie Shea, politischem Planungsdirektor im Büro des NATO-Generalsekretärs und den Auslassungen Oberstleutnants Tim Spicers

Die größten Rüstungsunternehmen der Welt

(Rüstungsumsatz in Mrd. Dollar 2005)

1	Lockheed Martin (USA)	36,5 Mrd.
2	Boeing (USA)	30,8 Mrd.
3	Northrop Grumman (USA)	23,3 Mrd.
4	BAE Systems (GB)	20,9 Mrd.
6	EADS (D/F)	9,1 Mrd.
8	Thales (F)	8,5 Mrd.
10	Finmeccanica (I)	7,1 Mrd.

Quelle FAZ 20.11.2006

von AGS zum Thema „Privatisierung der Sicherheit am Beispiel Irak“, standen auch die aktuellen Kriege auf der Tagesordnung.

Fazit

Der europäische Militärisch-Industrielle Komplex setzt sowohl auf „Europäisierung“ als auch auf „Transatlantisierung“. Die europäischen Rüstungskonzerne wollen in Zukunft stärker von den neuen Kriegen profitieren. Dabei gibt es aber weiterhin Probleme der Abstimmung denn „nur kleine Teile der europäischen Streitkräfte sind in der Lage mit amerikanischen Streitkräften zusammen zu agieren.“¹⁹ Die Protagonisten einer weltweiten Steigerung der Rüstungsausgaben beklagen die mangelnde transatlantische Abstimmung: „Bisher fehlte in den meisten Konflikten nach dem Kalten Krieg eine gemeinsame europäische Position. Mit der für die Europäische Union bitteren und entlarvenden Folge, dass die USA zum Beispiel mit ihrer Koalition der Willigen im Irak-Krieg 2003 eindrucksvoll demonstrierten, dass es den ‚Partner Europa‘ (noch) nicht gibt.“²⁰ Kriegs- und Militäreinsätze sind dabei das Schmieröl der europäischen Rüstungsindustrie. Einzelne Kommentatoren reklamieren sogar schon die Führung für Europa im weltweiten Militäreinsatz des Westens als Transmissionsriemen für eine gemeinsame EU-Militärpolitik: „Nun ergibt sich mit dem Libanon-Konflikt jedoch eine historische Chance für Europa. Die europäische Führungsrolle könnte der entscheidende Schritt in Richtung einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Außenpolitik werden.“²¹

Ohne jede öffentliche Diskussion wird mehr und mehr Geld in den Rüstungssektor gepumpt. Wie dreist dabei mittlerweile vorgegangen wird, zeigte die EADS-Tochter Astrium ST. Sie benötigt „30 bis 40 Millionen Euro jährlich, um ihre Kompetenzen zu bewahren“, sagte Astrium Chef Alain Charmeau der Pariser Finanzzeitung „La Tribune“.²² Astrium hatte 2006 einen Umsatz von 1,6 Mrd. Euro, 1 Mrd. Euro davon im Rüstungsbereich. Von diesem Rüstungsumsatz „entfallen je 600 Millio-

nen auf die Ariane und auf die französischen Atomraketen M45 und M51. Zum Jahresende erwartet die Firma einen Auftrag zur Weiterentwicklung der M51 im Wert von 300 Millionen Euro.“²³

Das bedeutet nichts weiter, als dass sich die europäische Rüstungsindustrie jetzt auch noch die Entwicklung von Atomraketen aus dem EU-Haushalt quersubventionieren lassen möchte. Allein dies zeigt, wie weit der Vorstoß des MİK inzwischen geht, ohne auf Widerstand zu stoßen. Europa ist dabei für die Rüstungskonzerne ein ideales schwarzes Loch, in dem alles verschwindet. Geld aus dem Bundeshaushalt für Atomraketen locker zu machen, würde dagegen auf ungleich größere öffentliche Aufmerksamkeit stoßen.

Anmerkungen

¹ Handelsblatt News am Abend, 19.09.2006

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ FAZ, 20.11.2006

⁶ Ebd.

⁷ Ebd.

⁸ Vgl. Europäische Rüstungsagentur, www.eda.europa.eu

⁹ CONV 422/02 CONTRIB 150

¹⁰ BDI, Positionspapier der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zur Europäischen Verteidigungsagentur, Juni 2006

¹¹ BT-Drucksache 16/3680, Unterrichtung durch die Bundesregierung, Präsidentschaftsprogramm 1. Januar bis 30 Juni 2007 – Europa gelingt gemeinsam

¹² Ebd.

¹³ Vgl. Handelsblatt, 19.09.2006

¹⁴ Vgl. SWP-Aktuell 31, Wein predigen und Wasser ausschenken, Die Finanzierung der EU-Außenpolitik, Juli 2006

¹⁵ Vgl. European Parliament, Subcommittee on Security and Defence – Secretariat. Notice to the Members. Expenditure in specific security & defence-related areas and ESDP (revised version), 23.01.2006

¹⁶ Presseerklärung der EU-Kommission „Führende Vertreter der europäischen Industrie und EU-Politiker fordern Aufstockung der Finanzmittel für Sicherheitsforschung“, 15. März 2004

¹⁷ Vgl. Frank Slijper: The emerging EU Military-Industrial Complex. Arms industry lobbying in Brussels, Transnational Institute 2005/1.

¹⁸ S.a. www.defence-conference.de

¹⁹ Handelsblatt, 18.09.2006

²⁰ Ebd.

²¹ Handelsblatt, 18.09.2006

²² ZEIT, Raumfahrt: EADS will Geld für Ariane-Fortentwicklung, 11.12.2006

²³ Ebd.